

Die atompolitischen Forderungen des MenschenStrom gegen Atom

Was lehren uns die mehrfachen Atomreaktorkatastrophen von Fukushima?

1. Eine Kombination von extremen Naturereignissen macht eine Atomreaktoranlage unkontrollierbar und führt unvermeidbar zur Strahlenkatastrophe, wenn das AKW nicht oder nur ungenügend gegen diese Naturereignisse geschützt wird.
2. Zur Kontrolle einer Atomreaktoranlage sind unabdingbar nötig :
 - a) Jederzeit genügend Kühlwasser, um die Nachzerfallswärme aus dem hochradioaktiven Reaktorkern weg zu kühlen.
 - b) Eine ausreichende nicht unterbrechbare Notstromversorgung.
 - c) Sicher funktionierende technische Einrichtungen, um einen Überdruck im Containment unbedingt zu vermeiden, welchen diese Umschliessung des heissen Reaktorkerns nicht mehr aushalten kann.
3. Auch die Brennelement-Lagerbecken müssen jederzeit gegen Überhitzung geschützt werden können. Hier ist meistens viel mehr langlebige Radioaktivität vorhanden als im Reaktor selber.
4. Wenn die AKW-Betreiber, die Atomaufsichtsbehörden und die politischen Behörden die Naturgefahren und die technischen Ereignisse (wie beispielsweise ein Flugzeugabsturz), welche ein AKW in Not bringen, unterschätzen oder gar wissentlich nicht genügend berücksichtigen, dann wirkt sich das fatal aus.

Haben unsere politischen Behörden, die Atomaufsichtsbehörde und unsere AKW-Betreiber Axpo, Alpiq und BKW bisher adäquat auf die Fukushima-Atomkatastrophe reagiert?

1. Bereits drei Tage nach Beginn der Fukushima-Katastrophe hat Bundesrätin Doris Leuthard am 14. März 2011 die hängigen Rahmenbewilligungsgesuche für neue Atomkraftwerke in Mühleberg, Gösgen und Beznau sistiert. Das war eine prompte Reaktion, die wir begrüsst haben. ALLERDINGS: Die Rahmenbewilligungsgesuche sind auch heute noch hängig. Weder wurden sie bisher von Axpo, Alpiq und BKW förmlich zurückgezogen, noch hat sie der Bundesrat mit einem klaren Nichteintretens- oder Abweisungsentscheid formell erledigt. Theoretisch könnten also die Sistierungen jederzeit aufgehoben und die Verfahren fortgesetzt werden.
2. Am 25. Mai 2011 – drei Tage nach unserer MenschenStrom-Kundgebung im unteren Aaretal in der Umgebung der Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt – verkündete der Bundesrat, dass er keine neuen Atomkraftwerke mehr bewilligen werde und dass die Schweiz langfristig aus der Atomenergienutzung aussteigen werde. Dieser Beschluss ist inzwischen vom Parlament politisch bestätigt worden. Auch diese Reaktion hat uns gefreut. Sie zeigt an, dass Fukushima ein Umdenken ausgelöst hat und dass eine grundsätzliche Bereitschaft wächst, die Strom- und Energieversorgung in Zukunft ohne katastrophenträchtigen Atomkraftwerke zu bewerkstelligen. ALLERDINGS: Noch liegt das Paket der verbindlichen Gesetze und Massnahmen nicht auf dem Tisch, die nötig sind, um den Atomausstieg und die Wende hin zu den erneuerbaren Energien praktisch und konkret zu vollziehen. UND: Noch halten Bundesrat und Parlament unerschütterter am Grundsatz fest, dass die vorhandenen fünf Atomreaktoren ohne klare Fristen weiterbetrieben werden dürfen, «so lange sie noch sicher sind». Das ist für uns unerträglich. Denn es gibt keine absolut verlässliche Methode, um zweifelsfrei festzustellen, ob ein Atomkraftwerk «noch ausreichend sicher ist» oder bereits »in einem nicht tolerierbaren Mass unsicher geworden ist». «Sicher» ist ein Atomkraftwerk generell gar nie, ein Restrisiko ist immer da.
3. Die Aufsichtsbehörde hat die Atomkraftwerksbetreiber mit ersten Verfügungen am 18. März 2011 zur Überprüfung gewisser Sicherheitsaspekte im Lichte der Fukushima-Katastrophen aufgefordert. Weitere Verfügungen mit Beurteilungen, Forderungen und Verpflichtung zu weiteren Überprüfungen folgten im April, Mai und Juni. Im August und Oktober wurden Berichte zum Unfallablauf und zu den daraus zu ziehenden Lehren veröffentlicht. Im November und De-

zember inspizierte das ENSI (Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat) die Containment-Druckentlastungssysteme. Im Januar 2012 wurden die Ergebnisse des EU-Stresstest veröffentlicht und acht «offene Punkte» definiert. Die Aufsichtsbehörde hat also schnell reagiert und ist seither aktiv geblieben. Daran haben wir nichts auszusetzen. ABER: Die Ergebnisse dieser behördlichen Aktivitäten sind nach unserer Überzeugung nicht haltbar. Insbesondere bei den ältesten drei Atomkraftwerken Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg stellen wir schwere Mängel fest bei der Einschätzung der Naturgefahren, welche diese Anlagen bedrohen. Und wir haben grosse Zweifel, ob der Schutzgrad, den diese Anlagen gegen Überflutung, Erdbeben, Kühlwasser- und Stromausfall aufweisen, genügend ist. Für uns ist es unannehmbar, dass diese drei Atomkraftwerke trotz dieser Zweifel weiterlaufen dürfen. Wir sind entschieden der Auffassung, dass das ENSI schon kurz nach dem Beginn des Fukushima-Unfalls die vorläufige Ausserbetriebnahme dieser drei Atomkraftwerke hätte verfügen müssen, verbunden mit der Bedingung, dass sie nicht mehr in Betrieb gehen dürfen, bevor die Mängel behoben sind. Und wir sind weiter der Auffassung, dass es verfehlt wäre, in die Sicherheitsnachrüstung dieser drei schon sehr alten Atomkraftwerke nochmals wohl über eine Milliarde Franken zu investieren. Diese Mittel müssen für den Atomausstieg und die Energiewende eingesetzt werden.

Die Forderungen des MenschenStrom gegen Atom 2012

1. Mühleberg und Beznau vom Netz – Jetzt! Trotz aller bereits laufend getätigten Nachrüstungen sind diese drei Atomkraftwerke inzwischen altersschwach. Ihre Sicherheitskonzepte sind veraltet und heute nicht mehr tolerierbar. Sie weisen Sicherheitsmängel gerade auch in den Bereichen auf, die sich in Fukushima fatal ausgewirkt haben.
2. Den Atomausstieg konkretisieren! Solange die vorhandenen Atomkraftwerke weiter Atomstrom produzieren und ins Netz einspeisen, wirken sie als Behinderung für den zügigen Aufbau der erneuerbaren Stromversorgung. Als ganz oder weitgehend abgeschriebene Grosskraftwerke sind sie eine Schmutz-Konkurrenz gegen die vielen sauberen, dezentralen Kleinkraftwerke auf erneuerbarer Basis, die aufgebaut werden müssen, um die Stromversorgung umzustellen und weiterhin zu sichern. Darum verlangen wir klare und kurze Fristen für die definitive Ausserbetriebnahme auch der Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt. Der Grundsatz «Weiterbetrieb so lange sicher» und der Richtungsentscheid «Atomausstieg und Wende hin zu den Erneuerbaren» sind nicht miteinander verträglich.
3. Die Zukunft ist erneuerbar! Wir wenden uns gegen jeden Versuch, die Grosskraftwerke auf nuklearer Basis durch Grosskraftwerke auf fossiler Basis (Erdgas oder gar Kohle) zu ersetzen. Wir wollen eine Stromversorgung aufbauen, die vollständig auf den erneuerbaren Energiequellen basiert und wirklich auf lange Sicht nachhaltig ist. In unserem Land ist ein mehr als ausreichendes Potenzial verfügbar, das wir nun möglichst umweltschonend und systematisch nutzen wollen.

Was lehrt uns Fukushima?

Doch nur – bedauerlicherweise einmal mehr – das, was wir schon von der Tschernobyl-Katastrophe, der Harrisburg-Beinahe-Katastrophe und Dutzenden von gravierenden Vorläufer-Ereignissen definitiv hätten gelernt haben müssen:

Die Atomindustrie war und ist ganz und gar unfähig, jene Sicherheit zu garantieren, die sie uns versprochen hat. Die Atomindustrie hat versagt. Der Atompfad hat sich als Irrtum erwiesen. Die Atomenergie ist nicht jene saubere Energie, als die sie uns schmackhaft gemacht wurde. Sie verseucht nicht nur im Katastrophen-Fall ganze Landstriche, sondern bedroht auch im Normalbetrieb unsere Lebensgrundlagen – vom Uranabbau über die Wiederaufarbeitung bis zur unlösbaren Atommüllproblematik. Die Atomenergie macht unsere Welt unsicher. Als Dual-Use-Technologie verleitet sie zum Traum – eher Alptraum – von der eigenen Atombombe.

Wenden wir uns nun den sicheren, verlässlichen und friedlichen erneuerbaren Energien zu!